

Bern, 14. September 2023

Obligatorische Krankentaggeldversicherung: Nationalrat will bedeutende Lücke im Sozialversicherungssystem schliessen

Mit der Zustimmung zur [Motion](#) von Mitte-Nationalrat Marco Romano nimmt die Schweiz eine wichtige erste Hürde in Richtung einer obligatorischen Krankentaggeldversicherung. Wie der Motionär zurecht festhält, stellt das Fehlen eines entsprechenden Obligatoriums einen gewichtigen Mangel im schweizerischen Sozialversicherungssystem dar. Akteure des Gesundheits- und Sozialwesens weisen seit Jahren auf diese Lücke hin – nicht zuletzt der [aktualisierte Schattenbericht der Zivilgesellschaft](#) im Rahmen des Staatenberichtsverfahrens zur Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention. Der Bericht verweist im Kontext des überdurchschnittlich hohen Armutsrisikos von Menschen mit Behinderungen auf die nach wie vor fehlende obligatorische Krankentaggeldversicherung.

Der Bundesrat versucht in seiner Stellungnahme zur Motion die mit diesem Mangel verbundene Problematik zu relativieren: Er weist darauf hin, dass der Erwerbsausfall bei vorübergehender Krankheit weitgehend durch Taggeldversicherungen abgedeckt sei und für einen Grossteil der Erwerbstätigen ein ausreichender Versicherungsschutz mittels freiwilliger Versicherung gewährleistet sei. Es ist jedoch breit bekannt, dass ein erheblicher Teil der Arbeitnehmenden weiterhin nicht über den nötigen Schutz zur Deckung des Erwerbsausfalls infolge einer Krankheit verfügt, und viele Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen Sozialhilfe beziehen müssen. Falls ein Unternehmen eine Krankentaggeldversicherung abgeschlossen hat, können Menschen mit bereits vor Arbeitsantritt bestehenden Krankheiten davon ausgeschlossen werden oder Leistungen nur zeitlich stark begrenzt beziehen. Auch der Hinweis des Bundesrats, dass sich die Arbeitnehmenden freiwillig versichern können, greift für viele Personen nicht: Wer zum Beispiel arbeitslos ist und lange auf einen IV-Rentenentscheid warten muss oder wessen Rentenantrag abgelehnt wird, kann sich den Abschluss einer solchen Versicherung und die horrend hohen Prämien oft nicht leisten.

Eine obligatorische Krankentaggeldversicherung, die gemäss der Motion minimale Kosten zu gleichen Teilen sowohl für die Arbeitnehmenden wie auch für die Arbeitgebenden mit sich brächte, ist auch für AGILE.CH eine optimale Lösung. Sie würde nicht nur viele Menschen vor Armut schützen, sondern auch die Sozialhilfe entlasten.

AGILE.CH hofft, dass der Ständerat dem Entscheid des Nationalrats folgen wird.